

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 2. Dezember 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 605 Postulat Kurmann Michael namens der Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) über die Kompensation der im Bereich Klima und Energie erfolgten Reduktion beim überarbeiteten Voranschlag 2026 im Voranschlag 2027 respektive im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2027–2030 / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 605 wurde auf die Dezember-Session hin dringlich eingereicht.

Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 90 zu 27 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Fabian Stadelmann beantragt Ablehnung.

Michael Kurmann hält namens der Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) am Postulat fest.

Für die Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) spricht Kommissionspräsident Michael Kurmann.

Michael Kurmann: Die RUEK hat das Postulat mit einer deutlichen Mehrheit unterstützt, und zwar aus einem einfachen Grund: Wir wollen damit an der Umsetzung eines klaren Ratswillen festhalten, der mit mehreren Entscheiden gefällt wurde. Erstens, Ausgangslage: Der Rat hat diese 24 Millionen Franken verlangt. Unser Rat hat im Rahmen der Debatten über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) schon zweimal beschlossen, dass er insgesamt 24 Millionen Franken für die zusätzlichen Klimamassnahmen zur Umsetzung der Motionen M 345, M 588 sowie M 641 einstellen will. Das war ein bewusster, breit abgestützter Entscheid. Der Regierungsrat hat für das Jahr 2026 zunächst 12 Millionen Franken aufgenommen und in der gestrigen Debatte den Betrag um 7,2 Millionen Franken reduziert. Genau diese Lücke soll das Postulat in der nächsten AFP-Periode kompensieren. Der Kommission ist es wichtig, dass das Jahr 2026 gesichert ist, denn es geht uns um die Folgejahre 2027–2030. In der Kommission hat uns das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) klar versichert, dass für 2026 genügend Mittel vorhanden sind und alle geplanten Fördermassnahmen umgesetzt werden können. Nicht ausgeschöpfte Mittel werden übertragen. Im Postulat geht es nicht um operative Diskussionen zum nächsten Jahr, sondern um die strategische Sicherstellung der insgesamt 24 Millionen Franken für die Folgejahre 2027–2030. Weshalb braucht es diesen Auftrag? Aus zwei Gründen. Erstens ist die Kürzung im überarbeiteten Voranschlag real. Ohne unser Postulat wäre knapp ein Drittel der geforderten Mittel nicht eingestellt. Zweitens ist in den kommenden Jahren mit grossen Unsicherheiten zu rechnen, vor allem auf Bundesebene, etwa mit dem Entlastungspaket 2027 (EP27) oder der Neuausrichtung des Förderprogramms.

Genau deshalb müssen wir diese Mittel kantonal sichern, die wir kontrollieren können und bei denen klar ist, dass wir sie einsetzen wollen. Der Regierungsrat hält selbst fest, dass die kantonale Förderung 2027 inklusive der Umsetzung der gemachten Bemerkungen und des vorliegenden Postulats neu diskutiert werden muss. Der Kommission war es ebenfalls wichtig, dass es sich um eine einmalige investive Erhöhung handelt. Wir sprechen nicht von laufenden, zusätzlichen Ausgaben, sondern bei den 24 Millionen Franken handelt es sich um eine einmalige Investition und nicht um eine strukturelle Ausweitung der Ausgaben in diesem Aufgabengebiet. Damit werden konkret umsetzungsbereite Projekt unterstützt: Ladeinfrastruktur, Umsetzung von Netto-null-Fahrplänen der Industrie, Kreislaufwirtschaftsprojekte usw. Aus den genannten Gründen hat die RUEK das Postulat eingereicht und ist erfreut, dass die Regierung die Erheblicherklärung beantragt. Die RUEK empfiehlt Ihnen dies grossmehrheitlich ebenfalls.

Fabian Stadelmann: Ich habe diesen Ablehnungsantrag aus folgendem Grund eingereicht: Dieser dringliche Vorstoss wurde gestern vor der Budgetdebatte eingereicht. Jetzt will man wieder gleich viel ausgeben, wie man gestern eingespart hat. Ich finde das sehr stossend. Man hätte den Beitrag auch nachträglich erhöhen können. Ich wüsste sehr gerne, wofür das Geld aus dieser Klimakasse verwendet wird. Man weiss aber immer noch nichts, nur die ungefähre Stossrichtung ist bekannt. Ich bitte Sie deshalb, meinem Ablehnungsantrag zu folgen.

Simon Howald: Die gesamte Historie zu diesem Thema wurde im breit abgestützten RUEK-Postulat bereits detailliert aufgezeigt. Dieser Kommissionsvorstoss hat das Ziel, den Willen des Kantonsrates im Aufgabenbereich Förderung Klima und Energie sicherzustellen. Die Grünliberalen unterstützen die angepeilte Förderung der Ladeinfrastruktur in Mehrparteiengebäuden für Elektromobilität, die Unterstützung der Umsetzung von Massnahmen aus Netto-null-Fahrplänen im Industriebereich sowie die Initiierung eines Zentralschweizer Zentrums für Kreislaufwirtschaft. Der zurzeit budgetierte Betrag für den Aufgabenbereich Förderung Klima und Energie für das Jahr 2026 wird gemäss Aussage seitens BUWD keinen Einfluss auf die Förderbeiträge 2026 haben. Dadurch entsteht im kommenden Jahr voraussichtlich kein Kollateralschaden. Ausserdem werden die nicht ausgeschöpften Mittel Ende 2026 aufs Folgejahr übertragen. Schlussendlich soll der restliche Betrag im Voranschlag 2027 respektive AFP 2027–2030 eingestellt werden. Gesamthaft handelt es sich um einmalige Kosten – ohne die Schaffung von zusätzlichen Stellen. Die GLP-Fraktion ist für die Erheblicherklärung des Postulats.

Adrian Nussbaum: Am 25. Oktober 2021 wurden in der Kantonsratssession in Sursee drei Motionen über den Klimafonds überwiesen. Weshalb Sursee? Vielleicht erinnert sich der eine oder die andere noch dunkel an Corona. Das zeigt, wie alt diese nicht umgesetzte Forderung ist. Die Regierung hat sich zuerst aus finanzieller oder buchhalterischer Sicht gegen die Forderung eines Fonds gesträubt. Nachdem eine Lösung gefunden wurde, wollte die Regierung kein Geld einstellen. Unser Rat hat 24 Millionen Franken für diesen Fonds gefordert, die Regierung hat 12 Millionen Franken eingestellt. Im gestrigen Budget hat die Regierung eine Reduktion vorgeschlagen, die wir gestützt haben. Weshalb? Weil wir von der Regierung seit Jahren gefordert haben, dass sie priorisieren soll. Eine Priorisierung bedeutet sachlich, sachpolitisch oder in der Zeit. Die Regierung hat im gestrigen Budget priorisiert. Wir wollten uns gestern bewusst nicht dem Vorwurf aussetzen, dass wir seit Jahren eine Priorisierung fordern, aber diese kritisieren, wenn die Regierung erstmals eine Priorisierung vornimmt. Ich erinnere an dieser Stelle an meine gestrige Fraktionserklärung anlässlich der Budgetdebatte, dass wir lernen müssen, dieses Spannungsfeld auszuhalten. Wir sind überzeugt davon und es liegt in der Natur der Sache dieses Fonds, dass durch seine spätere

Äufnung keine konkreten Projekte verschoben werden müssen. Die Akzeptanz der regierungsrätlichen Priorisierung ändert nichts an unserem Grundanliegen: Mit diesem Fonds wollen wir Geld für die langfristige Finanzierung von Förderbeiträgen an Private bereitstellen, die Massnahmen zur CO₂-Reduktion im Kanton Luzern initiieren. Bei der Beratung des AFP vor 40 Tagen haben wir eine entsprechende Bemerkung unterstützt, dass uns die 12 Millionen Franken nicht reichen und wir 24 Millionen Franken für diesen Fonds verlangen. Daran halten wir fest. Deshalb ist es sachlogisch und richtig, dass die Mitte-Fraktion das Postulat der RUEK unterstützt.

Sara Muff: Weshalb diese Gelder im Klima- und Energiebereich unverzichtbar sind, haben wir gestern, in der letzten Session und gerade jetzt dargelegt. Fabian Stadelmann, wir wissen genau, wofür diese Gelder vorgesehen sind. Der Kommissionspräsident Michael Kurmann hat es ausgeführt, Simon Howald ebenfalls. Zudem ist alles schriftlich festgehalten. Vor allem aber wissen wir, wie dringend diese Gelder benötigt werden. Es handelt sich um eine einmalige Investition. Die Forderung ist überparteilich gestützt und wir warten doch schon sehr lange darauf, dass diese Gelder endlich kommen. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten wir diese Gelder lieber schon im aktuellen Budget eingestellt, weil das jetzige Vorgehen die Investition um ein Jahr verschiebt. Wir wissen, was das bedeutet: Die Gelder holen uns später wieder ein, möglicherweise an einem anderen Ort, deckelbedingt, aber mit noch grösseren Konsequenzen. Was tun wir dann? Reichen wir wieder einen Vorstoss ein und verschieben die Investitionen des kommenden Jahres auf das nächste Jahr? Das ist für uns keine vorausschauende Finanzplanung. Bevor wir aber gar nichts tun, tun wir es lieber mit einem Jahr Verzögerung. Deshalb stimmt die SP-Fraktion der Erheblicherklärung zu. Es ist höchste Zeit, dass diese Mittel endlich fliessen.

Samuel Zbinden: Wie schon gestern mehrfach gesagt wurde, ist der politische Leistungsauftrag für eine Erhöhung des Aufgabenbereichs Klima und Energie so klar wie kaum sonst ein anderer dieses Rates. Der Kantonsrat, die RUEK und auch andere Gremien haben sich im Sinn der Motionen mehrfach für eine Erhöhung ausgesprochen. Die Projekte sind bereit, Fabian Stadelmann. In der RUEK wurde uns aufgezeigt, wie die Gelder eingesetzt werden sollen. Es wurde uns nicht nur aufgezeigt, wofür das Geld verwendet werden soll, sondern wir haben einen detaillierten Finanzplan erhalten, wie viel in welchem Jahr eingesetzt werden soll. Daher kann ich die Kritik von Fabian Stadelmann nicht nachvollziehen. Gestern hätten wir die Chance gehabt, einem politischen Auftrag konkrete Taten folgen zu lassen und bereits im Budgetjahr endlich genügend Geld einzustellen. Das haben wir verpasst, wir Grüne bedauern das sehr. Wir danken aber der Mehrheit der RUEK, dass wir mit diesem Kommissionspostulat immerhin den Auftrag für das nächste Jahr erteilen können. Eigentlich wäre der politische Auftrag ja bereits vorhanden, aber bei diesem Thema ist es wahrscheinlich gut, diesen nochmals zu bekräftigen. Ich möchte an uns alle und an die Regierung appellieren, nächstes Jahr nicht im Rahmen der AFP-Jahre, eines Postulats oder einer Bemerkung über den Klimafonds zu diskutieren, sondern die Gelder im Budgetjahr einzustellen. Ich glaube, dass der Kollateralschaden bereits erfolgt ist. Kurzfristig mag es stimmen, dass die Gelder für das Jahr 2026 gesprochen werden können, aber das Signal an die Öffentlichkeit und die Wirtschaft für die Planungssicherheit ist kein gutes. Aktuell sind statt 24 Millionen Franken ungefähr 4,5 Millionen Franken eingestellt. Ich würde es schade finden, wenn wir dieses Spiel jedes Jahr weiterspielen und jedes Jahr 3 bis 4 Millionen Franken einstellen. Stellen Sie einmal einen grossen Betrag ein, danach haben Sie Ruhe und es werden keine weiteren Postulate zum Klimafonds eingereicht. Das Postulat der RUEK ist sehr klar. Auch wenn es nur ein Prüfauftrag ist, gibt es bei diesem Thema nicht viel zu prüfen. Die Grüne Fraktion erwartet von der Regierung, die fehlenden 19 Millionen Franken im

nächsten Budgetjahr einzustellen. Wir stimmen der Erheblicherklärung zu.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Angesichts der Ausführungen von Adrian Nussbaum zur Vorgeschichte verzichte ich darauf, diese nochmals zu wiederholen. Sie wissen, wie der Stand beim Budget seit gestern ist. Das BUWD hat im Rahmen der Präsentation der Regierung aufgezeigt, dass das Aufwandwachstum im Aufgabenbereich 2045 erheblich gross war. Der Finanzdirektor hat gestern erklärt, dass diese 24 Millionen Franken fast 0,5 Prozent entsprochen hätten. Deshalb mussten wir bei diesem Punkt eine Kürzung vornehmen. Wir haben der RUEK im Rahmen der Präsentation des AFP aufgezeigt, was man über die nächsten Jahre mit den 12 Millionen Franken tun könnte. Ich kann Ihnen nochmals versichern, dass die Mittel für die Fördermassnahmen für die Jahre 2026 und 2027 ausreichen, beispielsweise für Elektroladestationen usw. Aber verschiedene weitere Themen müssen wir im Auge behalten. Einerseits ist es das EP27 des Bundes, wo wir noch nicht wissen, wie das neue Gebäudeprogramm aussieht und sich der Bund ganz aus der Finanzierung zurückzieht oder nur teilweise. Erste Beratungen haben stattgefunden, aber erst im Frühling liegen erste Resultate zur Weiterführung des Gebäudeprogramms vor. Der zweite Version des Planungsberichtes Klima- und Energie, also die Jahre 2026–2030, ist zurzeit in der Vernehmlassung. Wir haben im Planungsbericht erwähnt, dass die Mehrkosten im AFP noch nicht eingestellt und auch noch nicht finanziert sind. Deshalb muss die Regierung nach der Vernehmlassung die Prioritäten für den nächsten AFP setzen. Daher ist es wichtig, dass wir an diesem Thema dranbleiben und unser Rat bei der nächsten AFP-Diskussion die Mittel entsprechend verteilt, respektive Ihrem Rat einen Vorschlag unterbreitet. In diesem Sinn bitten wir Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt das Postulat mit 84 zu 29 Stimmen erheblich.